

Strategien zur erfolgreichen Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund

1. Voraussetzungen

Über Strategien zur erfolgreichen Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund zu sprechen, setzt eine Vorstellung über „erfolgreiche Integration“ voraus. Man benötigt also eine operationalisierbare Definition von Integration und von Erfolg. Im Kern kann man über Strategien erfolgreicher Integration nur dann kompetent sprechen, wenn (unterschiedliche) Strategien auf ihre Wirkungen hin empirisch überprüft worden sind und sich herausgestellt hat, dass bestimmte Strategien tatsächlich wirksam sind. Von diesen Voraussetzungen sind wir noch recht weit entfernt. Aber dennoch lassen sich einige vorläufige Aussagen treffen.

In den hier vor allem in Rede stehenden kommunalen Konzepten dominiert ein pragmatisch-pluralistischer Integrationsbegriff, der mit Begriffen der Teilhabe und Teilnahme operiert (vgl. Hinrichs 2003, Hoffmann-Nowotny 2000). Unter Integration wird die gleichberechtigte *Teilhabe* an den ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft und die *Teilnahme* in allen Lebensbereichen verstanden.¹ Teilhabe und Teilnahme sind zunächst streng auseinander zu halten. Teilhabe wird ermöglicht durch Rechte, durch Einbezug in die Funktionssysteme der Gesellschaft. Der Blick ist demnach auf Zugänge und strukturelle Zugangsbarrieren zu richten. Teilhabe ist jedoch nur möglich über handlungsfähige Subjekte. Der Blick ist demnach auf die Motivationen, Aspirationen, Werthaltungen und vor allem auf die Kompetenzen zu richten. Teilhabe hat demnach eine doppelte Voraussetzung: Teilhabechancen und Teilnahmefähigkeiten.

An Definitionen, die die systematische, auf Dauer angelegte Beobachtung von Integrationsprozessen, also ein *Integrationsmonitoring* erlaubt, wird gegenwärtig an verschiedenen Stellen gearbeitet (vgl. Bartelheimer

2005).² Ein solches Integrationsmonitoring ist in dem letzten Bericht des Zuwanderungsrats ausdrücklich gefordert worden. Die neuerdings zu beobachtenden Initiativen zu einer *Integrationsberichterstattung* sind der Erkenntnis geschuldet, dass das empirische Wissen über Integrationsprozesse und Integrationsergebnisse knapp ist, vor allem das Wissen über die Wirkungen von Politiken, Programmen und Maßnahmen, sieht man einmal von partikularen Begleitforschungsergebnissen ab. Jede Wirkungsmessung bedarf geeigneter *Indikatoren*, die im wissenschaftlichen, fachlichen und politischen Diskurs ausgehandelt werden müssen, wenn deren Ergebnisse als Grundlage für praktische integrationspolitische Entscheidungen dienen sollen.³ Künftig zählt auch in der Integrationsarbeit weniger der Input bzw. der Output, d.h. das, was Einrichtungen und Projekte an Ressourcen erhalten und damit auf den Weg bringen, sondern vor allem der Outcome bzw. der Impact, d.h. das, was für die Zielgruppen erreicht wird, denn die Wirkungen bzw. die Wirksamkeit sind von Interesse. In Worten des Qualitätsdiskurses ist nicht die Struktur- und die Prozessqualität alleine entscheidend, sondern die Ergebnisqualität. Jede/r kundige Beobachter/in wird einräumen, dass ein solcher Perspektivwechsel dringend notwendig ist, auch wenn vor überzogenen Erwartungen zu warnen ist. Das Wissen über das Integrationsgeschehen ist zwar knapp, aber in vielen Bereichen ist das Wissen über Handlungsnotwendigkeit seit längerer Zeit vorhanden. Es besteht nämlich nicht nur ein Wissensdefizit, sondern auch ein Politikdefizit.

2. Strategien erfolgreicher Integration

Vergewissern wir uns zunächst der Tatsache, dass erst in den neunziger Jahren die Erkenntnis gewachsen ist, dass es integrierter Handlungskonzepte auf der kommunalen Ebene bedarf. Ende der neunziger Jahren entstehen die ersten „Gesamtkonzepte“, die den Namen wirklich verdienen (vgl. Filsinger 2002a). Inzwischen sind also nur relativ wenige Jahre vergangen, so dass empirisch nachprüfbarer Erfolge kommunaler Integrationspolitiken

1) Dieses Integrationsverständnis wird auch von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungvereinfachung (KGSt) geteilt. Unter Integration versteht der KGSt-Bericht „die Eingliederung (neuer) Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen einer Aufnahmegesellschaft und die Art und Weise, wie diese (neuen) Bevölkerungsgruppen mit dem bestehenden System wirtschaftlicher, sozialer, rechtlicher, kultureller und politischer Beziehungen verknüpft werden. Integration verfolgt das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Geschehen in all seinen Facetten“ (KGSt 2005, S. 13).

E&C-Fachforum: „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“ vom 26. und 27. Juni 2006

nicht zu erwarten sind, was aber nicht bedeutet, dass nicht Erfolge in einzelnen Handlungsfeldern erzielt worden sind. Es ist an dieser Stelle allerdings auch darauf zu insistieren, dass die Integration von jungen Migrantinnen und Migranten in die Kerninstitutionen der Gesellschaft durch kommunale Politik nur eingeschränkt zu bewerkstelligen ist. Im Rahmen des Wettbewerbs „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“, veranstaltet vom Bundesinnenministerium und der Bertelsmann Stiftung, konnten Kommunen solche Teilerfolge nachvollziehbar belegen. Was mittlerweile vorliegt, ist ein *erfahrungsgesättigter Wissensbestand* über die Voraussetzungen und die Prozessgestaltung von kommunalen Integrationspolitiken, man könnte sagen, über die *Struktur- und Prozessqualität* kommunaler Integrationspolitik und Integrationsarbeit. Dazu gehören insbesondere folgende Aspekte:⁴ Integration als Querschnittsaufgabe; strategische Steuerung, Monitoring, Evaluation und Controlling; Förderung von Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, einschließlich der Einbeziehung von Migrantenselbstorganisationen; Aufbau kommunaler Netzwerke zur Unterstützung von Integrationsprozessen; Sozialraumbezug; interkulturelle Öffnung von Verwaltung und Institutionen (vgl. Filsinger 2002b).

Neuere Befunde der Migrations- und Integrationsforschung sprechen vor allem dafür, die (Bildungs-)Biographien der jungen Migranten/innen sowie Geschlechter- und Generationenverhältnisse (stärker als bisher) zu berücksichtigen (vgl. etwa Apitzsch 1999), Maßnahmen für junge Menschen gezielt nach Gemeinsamkeiten in der sozialen Lage zu konzipieren, Strukturfragen in den Mittelpunkt zu stellen (vgl. Hoffmann-Nowotny 2000), aber kulturelle Fragen nicht zu vernachlässigen und einen bewussten und sorgfältigen Umgang mit Differenz im Sinne einer reflexiven Interkulturalität zu pflegen (vgl. Hamburger 2000).

In den angesprochenen Handlungsempfehlungen sind auch die Schwerpunkte benannt, auf die sich die Integrationsarbeit konzentrieren sollte: Bildung (insbesondere Sprachvermittlung) und Qualifizierung, Beschäftigung, Wohnen und Sozialraumentwicklung, interkulturelle Öffnung der Regelinstitutionen.

Was jetzt ansteht, ist die längerfristige Implementation dieser Konzepte und Hand-

lungsansätze. Genauere Aussagen über deren Realisierung und deren Wirkungen wird man erst in einigen Jahren auf der Grundlage einer Dauerbeobachtung und einer systematischen Evaluation treffen können. Nach den Beobachtungen im Rahmen des Wettbewerbs „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ lässt sich jedoch bereits jetzt feststellen, dass in vielen Städten konzeptionelle und vor allem *institutionelle Vorkehrungen* getroffen worden sind (insbesondere parteiübergreifend beschlossene Grundsätze und Konzepte, mit Einfluss und Kompetenz ausgestattete Organisationseinheiten zur Realisierung der Querschnittsaufgabe Integration, z. T. eigene Budgets), die Entschlossenheit und Nachhaltigkeit versprechen.

Entscheidend ist aber der *Perspektivenwechsel*, der insgesamt – wenn lokal auch unterschiedlich stark ausgeprägt – erkennbar ist. Dieser ist in dem *Potentialansatz* zu sehen, der junge Migrantinnen und Migranten auch als ökonomische Ressource begreift, in der *positiven Bewertung von kultureller Vielfalt*, in einem offenen, pragmatischen aber auch streitbaren Umgang mit *Migrantenorganisationen*, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen.

Zwei Aspekte sollen im Rahmen dieses Beitrags etwas genauer bearbeitet werden: das Sozialraumkonzept und die Bedeutung von Migrantencommunities bzw. von Migrantenorganisationen.

3. Integrierte Strategien der Sozialraumentwicklung

Sozialraumentwicklung kann mittlerweile als zentrales Element kommunaler Integrationspolitiken betrachtet werden, die sowohl die Teilhabechancen der alteingesessenen als auch die der zugewanderten Bevölkerung im Blick haben. Der Begriff des Sozialraums⁵ hat eine normative Dimension, d.h. es existieren zumeist implizite Vorstellungen davon, welche sozialräumlichen Gegebenheiten als wünschenswert zu erachten sind, z. B. eine nach Schichten und Milieus gemischte Bevölkerung, Funktionsmischungen und vor allem die Vermeidung von Segregation. In einer analytischen Perspektive ist der Sozialraum zunächst *Raum der materiellen und soziokulturellen Reproduktion*; bei den Bevölkerungsgruppen, die hier in Rede stehen, der vorrangige oder häufig auch alleinige Lebensraum. Betrachten wir den sozialen Raum als *Kommunikations- und Interaktionsraum*, dann geraten die *Netzwerke* in den Blick, die sozialen Netze, aber auch die institutionellen

4) Bezug genommen wird hier auf die „10 Handlungsempfehlungen für eine interkulturelle Stadtpolitik“ im Rahmen des Programms „Cities of Tomorrow“ (2001; vgl. Pröhl/Hartmann 2002, Hartmann/Pröhl 2003), die „Zehn Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche kommunale Integrationspolitik“ der Bertelsmann Stiftung (2005; vgl. Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern 2005) und die „Erfolgsfaktoren für das kommunale Integrationsmanagement („Wirkungsmodell““) (2005; vgl. KGSt 2005).

E&C-Fachforum: „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“ vom 26. und 27. Juni 2006

5) Zum Begriff und zur Konzeptionalisierung sowie zu Methoden der Sozialraumanalyse vgl. Kessler u.a. 2005, Riege/Schubert 2005.

Netzwerke, allgemeiner formuliert die *Interaktionsverhältnisse*.⁶ Diese Interaktionsverhältnisse stellen sich lokal sehr unterschiedlich dar. Zumeist zeigt sich das Bild einer Mischung aus friedlichem Nebeneinander, einem Miteinander, aber auch einem Gegeneinander. Sozialverhältnisse guter Nachbarschaft dürften eher die Ausnahme sein, was aber alles andere als problematisch ist (vgl. Filsinger 2005).

Der Soziale Raum ist nämlich immer ein *soziales Kräftefeld*, wie es Bourdieu (1983, 1985) nennt, ein *Macht- und Entscheidungsraum*, in dem es Kämpfe um die Verteilung von Lebensmöglichkeiten gibt. Integration und Segregation, Einschließung (Inklusion) und Ausschluss (Exklusion) sind als soziale Tatsachen zu werten, deren Gestalt und Prozessstruktur jeweils genauer zu studieren sind, um die sozialen Interaktionsverhältnisse bewerten und Interventionen konzeptualisieren zu können, die dann notwendig sind, wenn die Selbststeuerungsfähigkeit des Gemeinwesens nicht mehr hinreichend gegeben ist. Schließlich ist der soziale Raum als ein Ensemble von *Kompetenzen und ein Reservoir von Ressourcen* zu analysieren (vgl. Schumann 1994, 1995).

Der gegenwärtige Forschungsstand lässt sich in etwa so zusammenfassen: Segregation von (ethnischen) Gruppen ist per se noch nicht problematisch, sofern sie die Bildung und Pflege sozialer Netze erleichtert bzw. fördert und genügend *Austauschbeziehungen* vorhanden sind, die *Anschlüsse* erlauben (vgl. Leggewie 2000). Schließlich sind solche Netze Ressourcen zur Lebensbewältigung, soziales Kapital, wie es Bourdieu (1983) nennt. Allerdings ist es Aufgabe der Stadtpolitik, erzwungene Segregation offensiv zu bekämpfen, aber auch Mobilität insbesondere bei der jüngeren Generation zu ermöglichen bzw. durch entsprechende Anreize dazu zu ermuntern.

Welche Ansätze bzw. Konzepte erscheinen nun Erfolg versprechend? Wenn Desegregationspolitiken entweder nur eingeschränkt begründbar oder aber im Rückblick kaum erfolgreich waren, bleibt nur der Ansatz einer ökonomischen und sozialen Stützung benachteiligter Stadtteile und Quartiere mit dem Ziel, zumindest negative Verlaufskurven abzuwenden und die sozialen Verhältnisse zu stabilisieren, wenn möglich aber auch neue Teilhabeperspektiven zu eröffnen (vgl. Krummacker/Waltz 1999, Filsinger 2005).

Sozialraumbezug, sozialräumliches Arbeiten gelten als zentrale Prinzipien in der kommunalen Sozialpolitik, in der Sozialen Arbeit und in der Kinder- und Jugendhilfe. Der geradezu inflationäre Gebrauch dieser Begriffe

steht allerdings in diametralem Verhältnis zur Realisierung dieses anspruchsvollen und voraussetzungsvollen Konzepts. Sozialraumentwicklung verlangt zunächst ein längerfristiges, integriertes *Entwicklungskonzept* und eine längerfristige *Entwicklungsstrategie* auf der Grundlage einer empirischen Analyse der lokalen Gegebenheiten. In diesem Zusammenhang kommt den *Stabsstellen bzw. Fachstellen für Integrationsaufgaben* auf der kommunalen Ebene – wie immer sie im einzelnen heißen – eine zentrale Rolle zu. Eine solche Sozialraumanalyse hat insbesondere die Aufgabe, *Zonen, Orte und Potentiale der Teilhabe, der Gefährdung und der Ausgrenzung* genau zu identifizieren (vgl. Bartelheimer 2004).

Ein solches Entwicklungskonzept und die dazugehörige Strategie zu entwerfen, ist eine gesamtstädtische Aufgabe, die aber nur unter Beteiligung der lokalen Akteure erfolgreich bewältigt werden kann (vgl. Schweitzer 2001). Dafür können folgende Kriterien als richtungweisend betrachtet werden:

1. Beteiligung der Zielgruppen, schon vor Projektbeginn,
2. Flexibilität/Supervision, d.h. die Weiterentwicklung erfolgt auf der Grundlage von Zwischenergebnissen (wissenschaftliche Begleitung, Feedback der beteiligten Bewohner/innen),
3. Einbeziehung der lokalen Ressourcen,
4. Ganzheitlichkeit, d.h. Berücksichtigung möglichst vieler Handlungsebenen wie Wohnen, Bildung, Gesundheit sowie
5. Kommunikation und Vernetzung durch gezielten interkulturellen Austausch (vgl. Schader Stiftung 2005).

Wenn ein Entwicklungskonzept wirklich integriert sein soll, muss es vor allem die kommunalen Institutionen verbindlich einbinden. Nichts anderes meint die These von der Querschnittsaufgabe, die insbesondere von den speziell mit Integrationsaufgaben betrauten Organisationseinheiten – gleich wie sie im einzelnen heißen und strukturiert sind – einzufordern und auf den Weg zu bringen ist.

Integrierte Konzepte und Strategien haben sowohl die ökonomische als auch die kulturelle und soziale Entwicklung des Stadtteils bzw. des Quartiers im Blick. Wir sehen mittlerweile genauer, dass jede sozialräumliche Entwicklungsstrategie *eine Strategie des Aufstiegs durch Bildung* sein muss, die sowohl die schulischen und beruflichen Abschlüsse als auch die Kompetenzen der jungen Menschen im Blick hat. Man braucht vor allem eine *Bildungsstrategie*. Es genügt nicht, einen Sprachkurs nach dem anderen und Hausaufgabenhilfen durch verschiedene Träger anzubieten, wenn die verschiedenen Initiativen und Angebote nicht in

6) Zu den Dimensionen der Sozialraumanalyse, auf die hier Bezug genommen wird vgl. Schumann 1994, 1995.

ein übergreifendes Konzept eingebunden sind. Der jüngste Kinder- und Jugendbericht (vgl. BMFSFJ 2005) bietet genügend Anregungspotential für eine sozialräumliche Bildungsstrategie, in dem er zwischen Bildungsorten und Lernwelten, zwischen formaler, non-formaler und informeller Bildung unterscheidet und eine wesentlich bessere Verknüpfung anmahnt. Schließlich regt der Bericht an, Bildung weniger oder zumindest nicht ausschließlich aus der Perspektive der Institutionen zu betrachten, sondern verstärkt die Bildungsbiographien und die Bildungsbedingungen in den Blick zu nehmen, als Voraussetzung, um auch Benachteiligten Chancen auf eine individualisierende Bildung zu eröffnen. Dies bedeutet, dass es vor allem darum gehen muss, die *Bildungsinfrastruktur* in benachteiligten Stadtteilen und Quartieren zu qualifizieren. Das heißt im Kern, dass die unterschiedlichen Akteure im Bildungsgeschehen – gleich auf welcher Ebene sie agieren – in eine gemeinsame Strategie eingebunden werden müssen, die gezielt auf Aufstieg ausgerichtet ist und von einem *breiten Kompetenzansatz* ausgeht. Die Bildungspotentiale in den Familien, in der außerschulischen Jugendarbeit, der Kinder- und Jugendhilfe sind dabei ebenso verstärkt in den Blick zu nehmen, wie die Handlungsspielräume der städtischen Schulträgerschaft, wenn es etwa um die Regulierung des Zugangs zu den Grundschulen geht.

Jedes Entwicklungskonzept muss die Frage nach den Akteuren, den Strukturen und Ressourcen beantworten, denn nicht zuletzt an der Qualität der Akteursnetzwerke, der Kommunikations-, Arbeits-, und Entscheidungsstrukturen und der Budgetierung entscheidet sich die Erfolgswahrscheinlichkeit eines solchen Konzepts.

Im Hinblick auf *Akteursnetzwerke* erscheint die Unterscheidung zwischen „bonding“-Netzwerken (verbindende, grenzerhaltende, homogene Netzwerke) und „bridging“-Netzwerken (überbrückende, grenzenüberschreitende, heterogene Netzwerke) hilfreich (vgl. Geißel/Kern 2004). In der Geschichte der Ausländer- bzw. Migrationsarbeit in Deutschland dominieren „bonding“-Netzwerke“. Wenn integrierende Ansätze eine Chance erhalten sollen, dann wird es vor allem um die Herstellung von „bridging“-Netzwerken“ mit dem Ziel des (interkulturellen) Kompetenztransfers gehen müssen: zwischen Jugendhilfe und Schule, zwischen Arbeitsagenturen/Arbeitsgemeinschaften und Migrationsdiensten, um nur einige wichtige Akteure zu nennen. Die Institution des *Quartiersmanagements* könnte hierbei ein Motor sein (vgl. Filsinger 2005).

4. Migranten-Communities und Migranten-selbstorganisationen

Bereits 1982 hat der inzwischen verstorbene Ethnologe Georg Elwert einen Aufsatz publiziert, in dem er die These von der „Integration durch Binnenintegration“ diskutiert hat (vgl. Elwert 1982). Er kommt dabei zu dem Schluss, dass insbesondere für Neuzugewanderte nicht nur hierzulande die Community und ihre Organisationen eine zentrale, kaum ersetzbare Unterstützungsquelle auf dem Weg zur Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft darstellen, insbesondere dann, wenn die sprachlichen Voraussetzungen zur Kommunikation mit den Institutionen unzureichend sind. Für Elwert leisten Communities aber nur dann einen Beitrag zur Integration, wenn sie nicht geschlossen sind, sondern Austauschbeziehungen zu Mitgliedern und Institutionen der Aufnahmegesellschaft unterhalten. Die neue Forschung zu den „ethnic communities“ und Migrantenselbstorganisationen kommt zu keinen einheitlichen Befunden. Die Forschungslage lässt keine abschließende Klärung der Frage zu, ob Vereinigungen, die auf ethnischer Zugehörigkeit beruhen, „fragmentierte Parallelgesellschaften“ begünstigen oder „Brücken zur Integration“ darstellen (vgl. Geißel/Kern 2004). Fijalkowski/Gillmeister (1997) kommen zu dem Ergebnis, dass diese auf das Ganze gesehen „Brücken zur Integration“ darstellen. Andere Autoren weisen daraufhin, dass die integrativen Effekte von der ethnischen Zusammensetzung der jeweiligen Assoziationen, vom lokalen Kontext und von den jeweiligen Führungspersonen abhängen, generalisierende Aussagen also nicht möglich sind. In ihren Studien haben sie Assoziationen vorgefunden, die eher das soziale „bridging“ (das Verbindende) zur Mehrheitsgesellschaft betonen, aber auch solche, bei denen sowohl „bridging“- als auch „bonding“- (grenzerhaltende) Positionen vertreten werden (vgl. Klein u.a. 2004).⁷ In jedem Falle erscheint es aber ratsam, den Beitrag von Migrantenorganisationen für das soziale und gesellschaftliche Zusammenleben angemessen wahrzunehmen und die vorfindbaren Integrationspotentiale zu nutzen. Das Integrationspotential lässt sich also nur fallspezifisch, d.h. lokal genauer bestimmen. Dies ist auch die Position der Integrationsverantwortlichen in den Städten. Sie sehen in einer pragmatischen Perspektive keine Alternative zur Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen, da diese wechselseitig Zugänge eröffnet, „bridging“-Netze und Verantwortungsübernahme begün-

7) Teil 3 des Sammelbandes enthält Beiträge zum Thema „Ethnische Gemeinschaften: Brücken zur Integration oder Parallelgesellschaften?“ (Autoren: Fijalkowski, Rauer, Diehl und Berger/Galonska/Koopmans).

stigt und dafür Sorge trägt, dass Vertrauen wächst (vgl. auch Regiestelle E&C 2005). Die Zusammenarbeit, die nicht identisch ist mit einer kommunalen Förderung, ist durchaus streitbar; man könnte von einer „konfliktuellen Kooperation“ sprechen, in der Kontroversen nicht ausgespart bleiben und auch Grenzziehungen vorgenommen werden. Im Übrigen spricht die Forschung für eine nüchternde und differenzierte Bewertung des „community building“, vor allem wenn man sich der unaufhebbaren Dialektik von gegenseitiger Abgrenzung und Integration vergewissert (vgl. Häußermann/Oswald 1996; Leggewie 2000). Folgt man diesem Argument, dann bedarf es zweierlei: Zum einen bedarf es für alle Gruppen in einem Gemeinwesen, d.h. auch und vor allem für die Zugewanderten Bewegungsspielräume und Rückzugsmöglichkeiten, Orte des Übergangs, d.h. auch der „unvollständigen Integration“ (Bahrtdt). Zum anderen bedarf es aber gleichzeitig öffentlicher Räume zwischen Gruppen und Kulturen, auch zwischen den Generationen, in denen Kontakt, Austausch und Arrangements zustande kommen können (vgl. Häußermann 1995). Was es braucht, sind also entsprechende *Gelegenheitsstrukturen*, die wohl vielerorts erst noch zu entwickeln sind.

In modernen Gesellschaften ist eine „individuelle Integration“ gefordert. Die in einer Stadt lebenden Menschen, Zugewanderte wie Alteingesessene sind demnach als Individuen zu betrachten und nicht in erster Linie als Angehörige von ethnisch definierten Kollektiven, was aber nicht im Widerspruch dazu steht, die Ressourcen von Communities und Migrantenselbstorganisationen für die Zugewanderten und ihre Kinder, aber auch deren Potentiale für das soziale und gesellschaftliche Zusammenleben in einer Stadt aufmerksam wahrzunehmen und zu nutzen (vgl. Krummacker/Waltz 1999, Schweitzer 2001).

5. Ausblick

Auf der Grundlage von Forschung und reflektierten lokalen Erfahrungen, von Good Practice-Beispielen und in Kenntnis von europäisch und international vergleichenden Studien sind wir heute in der Lage, wissenschaftliche Konzepte, Strategien und Methoden zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, aber auch von Jugendlichen aus alteingesessenen benachteiligten Familien zu entwickeln und zu implementieren. Das lokale Problemlösungspotential ist in den letzten Jahren beachtlich gewachsen. Lokale Konzepte und Strategien bedürfen aber zwingend eine der Aufgabe entgegenkommende günstigere ökonomische Entwicklung und eine entgegenkommende

staatliche (Sozial-)Politik. Soziale Mobilität und Leistungswille von jungen Migrantinnen und Migranten müssen durch den Abbau struktureller Schranken unterstützt werden. Erforderlich ist vor allem eine Politik, die den Ungleichheitstendenzen im Bildungssystem, auf dem Ausbildungs-, Arbeits- und Wohnungsmarkt entgegenwirkt, also eine Sozialpolitik im umfassenden Sinne, die letztlich auch die Teilhabechancen der (benachteiligten) einheimischen Bevölkerungsgruppen verbessert, zumindest aber den sozialen Abstieg vermeidet (vgl. Hoffmann-Nowotny 2000). Zentrale Strukturfragen der Gesellschaft stehen also weiterhin zur Bearbeitung an.

Kontakt:

Prof. Dr. Dieter Filsinger
Katholische Hochschule für Soziale Arbeit
Saarbrücken
Rastpfuhl 12a
66113 Saarbrücken
filsinger@khsa.de

Literatur:

- Apitzsch, U. (1999): Traditionsbildung im Zusammenhang gesellschaftlicher Migrations- und Umbruchprozesse. In: Apitzsch, U. (Hg.): Traditionsbildung. Opladen/Wiesbaden, S. 7-20
- Bartelheimer, P. (2004): Teilhabe, Gefährdung und Ausgrenzung als Leitbegriffe der Sozialberichterstattung. In: SOFI-Mitteilungen Nr. 21. Göttingen.
- Bartelheimer, P. (2005): Migration. In: Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) u. Internationales Institut für empirische Sozialökonomie (INIFES) (Hg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht. Wiesbaden, S. 351-379
- Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern (Hg.) (2005): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2005). Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Berlin
- Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen, S. 183-198
- Bourdieu, P. (1985): Sozialer Raum und „Klassen“. *Leçon sur la leçon*. Frankfurt/M., S. 7-46

- Elwert, G. (1982). Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 34. Jg., Heft 4, S. 717-731
- Fijalkowski, J./Gillmeister, H. (1997): Ausländervereine. Ein Forschungsbericht über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in der Aufnahmegesellschaft - am Beispiel Berlins. Berlin
- Filsinger, D. (2002a): Die Entwicklung der kommunalen Integrationspolitik und Integrationspraxis der 90er Jahre. IZA - Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 2, S. 13-19
- Filsinger, D. (2002b): Interkulturelle Öffnung Sozialer Dienste. Expertise im Auftrag der Regiestelle E&C der Stiftung SPI Berlin. Berlin/Saarbrücken. http://www.eundc.de/download/ex_filsinger.pdf
- Filsinger, D. (2005). Strategien eines interkulturellen Quartiermanagements. In: Regiestelle SPI (Hg.): Einbeziehung von Migrantenvereinen, -initiativen und -selbstorganisationen in stadtteilbezogene Handlungsstrategien. Dokumentation der Zielgruppenkonferenz für Quartiersmanager/innen am 25. und 26.5.2005. Berlin, S. 32-40
- Geißel, B./Kern, K. (2004): Politische und soziale Integration. Zivilgesellschaft – Problemlöser oder Problemverursacher? In: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (Hg.): WZB-Mitteilungen, Heft 103, März 2004, S. 19-22
- Hamburger, F. (2000): Reflexive Interkulturalität. In: Hamburger, F. u.a. (Hg.): Pädagogische Praxis und erziehungswissenschaftliche Theorie zwischen Lokalität und Globalität. Frankfurt/M., S. 191-199
- Hartmann, H./Pröhl, M. (2003): Interkulturelle Stadtpolitik – Handlungsansätze und gute Beispiele. In: Journal der Regiestelle E&C, Heft 10, S. 1-11
- Häußermann, H. (1995): Die Stadt und die Stadtsoziologie. Urbane Lebensweise und die Integration des Fremden. In: Berliner Journal für Soziologie, 5. Jg., Heft 1, S. 89-98
- Häußermann, H./Oswald, I. (1996): Stadtentwicklung und Zuwanderung. In: Schäfers, B. u. Wewer, G. (Hg.): Die Stadt in Deutschland: Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt. Opladen, S. 85-102
- Hinrichs, W. (2003): Ausländische Bevölkerungsgruppen in Deutschland. Integrationschancen 1985 und 2000. In: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (Hg.). Berlin
- Hoffmann-Nowotny, H. J. (2000): Migration, soziale Ungleichheit und ethnische Konflikte. In: Gogolin, I./Nauck, B. (Hg.): Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Resultate des Forschungsschwerpunktprogramms FABER. Opladen, S. 157-178
- Kessl, F./Reutlinger, C./Maurer, S./Frey, O. (Hg.) (2005): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden
- KGSt – Kommunale Gemeinschaftsstelle zur Verwaltungsvereinfachung (Hg.) (2005): Management kommunaler Integrationspolitik. Strategie und Organisation. Bericht 7/2005. Köln
- Klein, A./Kern, K./Geißel, B./Berger, M. (Hg.) (2004): Zivilgesellschaft und Sozialkapital – Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Opladen
- Krummacker, M./Waltz, V. (1999): Kommunale Migrations- und Integrationspolitik. In: Dietz, B., Eißel, D. u. Naumann, D. (Hg.): Handbuch der kommunalen Sozialpolitik. Opladen, S. 465-489
- Leggewie, C. (2000): Integration und Segregation. In: Bade, K.J. u. Münz, R. (Hg.): Migrationsreport 2000. Fakten, Analysen, Perspektiven. Frankfurt a. M./New York, S. 85-107
- Pröhl, M./Hartmann, H. (Hg.) (2002): Strategien der Integration. Handlungsempfehlungen für eine interkulturelle Stadtpolitik. Cities of Tomorrow. International Network for Better Local Government. Gütersloh
- Regiestelle E&C (Hg.) (2005): Einbeziehung von Migrantenvereinen, -initiativen und -selbstorganisationen in stadtteilbezogene Handlungsstrategien. Dokumentation der Zielgruppenkonferenz für Quartiersmanager/innen am 25. und 26.5.2005. http://www.eundc.de/download/qm_05_05.pdf
- Riege, M./Schubert, H. (Hg.) (2005): Sozialraumanalyse. Grundlagen, Methoden, Praxis. Wiesbaden
- Schader Stiftung (Hg.) (2005). Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik. Darmstadt
- Schumann, M. (1994): Sozialräumliche und biographische Perspektiven der Jugendarbeit. In: Neue Praxis, 25. Jg., Heft 6, S. 460-472
- Schumann, M. (1995): Sozialraumanalyse und Ethnographie in der Jugendhilfe und Jugendarbeit? In: deutsche jugend, 43. Jg., Heft 5, S. 210-216
- Schweitzer, H. (2001): Partizipation von Migranten an kommunalen Planungsprozessen - das Beispiel der Stadt Essen. In: IZA - Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 3-4, S. 39-49
- Stadt Wiesbaden (2004): Wiesbadener Monitoring-System zur Ausländerintegration. Bericht 2004. Wiesbaden